



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Beschäftigte hoffen auf neues Jahr

MdB Hagemann diskutiert mit Wormser Betriebsräten und Gewerkschaft IGBCE

Worms, 16. Dezember 2008

Neben den Automobilzulieferern sind es vor allem auch die großen regionalen Chemie-Unternehmen, die mit den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise zu kämpfen haben. Bei einer Gesprächsrunde mit Wormser Betriebsräten und lokalen Vertretern der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) im Weingut Sandwiese in Worms-Herrnsheim, informierte sich der Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann (SPD) über die gegenwärtigen Entwicklung und die Stimmung in den Wormser Betrieben. Zugleich wurden künftig sinnvolle sowie die bereits beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen von Bundesseite diskutiert, die die Folgen der Rezession für die Betriebe und insbesondere für die Beschäftigten in der Region abfedern sollen.

In den meisten Betrieben, ob Röchling Automotive, Grace, Renolit oder auch Röhm sei die Stimmung gedrückt. In einigen Unternehmen wird bereits kurz gearbeitet, vielerorts ist Kurzarbeit bereits beantragt und in den anderen Betrieben wird Kurzarbeit derzeit geprüft, berichtete der für die Region zuständige IGBCE-Bezirksleiter Walter Dörrich. „Das Kurzarbeitergeld, das von der Bundesagentur für Arbeit (BA) bewilligt und ausgezahlt wird, wird von bisher 12 auf 18 Monate verlängert“, betonte Hagemann in diesem Zusammenhang. Die Kurzarbeit solle dann für eine sinnvolle Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern getreu dem Motto „Büffeln statt Stempeln“ genutzt werden.

Zunächst sei die Situation in vielen Betrieben noch aufgefangen worden, indem Überstunden abgebaut würden oder die Beschäftigten freiwillig Urlaub oder Freischichten nähmen, erläuterte Dörrich weiter. „Spannend wird es aber Anfang des kommenden Jahres, wenn sich die wirtschaftliche Situation bis dahin nicht bessert“, sagte Dörrich. Die Frage „Wie geht's weiter“ beschäftige vor allen anderen die Beschäftigten, erfuhr Hagemann von den Betriebsräten. Auch die Geschwindigkeit und Wucht der Krise sei für viele

beunruhigend. Die ersten Betroffenen der Krise seien jedoch hauptsächlich die Leiharbeiter gewesen. Deren Verträge wurden in den meisten Unternehmen als erstes gekündigt und die Leiharbeit sei auf ein Mindestmaß zurück gefahren worden. Die Regelungen im Leiharbeitergesetz müssten vor diesem Hintergrund und auch generell nochmals geprüft werden, forderte der SPD-Bundespolitiker.

Ausbildungsplätze nicht opfern

Einig waren sich jedoch alle, dass in der jetzigen Situation die Investitionen in die Zukunft keinesfalls zurück gefahren werden und dabei insbesondere Ausbildungsplätze aus vorgeblich betriebswirtschaftlichen Gründen geopfert werden dürften. „Das wäre kurzsichtig, da später dann erneut die Fachkräfte fehlen, die oft bereits heute schon fehlen“, betonte der SPD-Bundespolitiker. Es dürfe nicht so sein, dass nach außen hin Konsum gepredigt werde, nach innen hin aber nicht mehr investiert werde, sagte Hagemann. Das Maßnahmenpaket des Bundes ziele ja neben den Konsumanreizen gerade darauf ab, dass die Banken und damit auch die Unternehmen wieder ausreichend Finanzmittel für Investitionen erhalten. Und nicht zuletzt müssten speziell die Geringverdiener noch viel stärker unterstützt werden, pflichtete Hagemann den Betriebsräten bei.

Marco Sussmann